

Uta Meier-Gräwe

Was Familien brauchen

Summary:

Chancen- und Konfliktpotentiale im Übergang zur Elternschaft und im alltäglichen Zusammenleben mit Kindern sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts außerordentlich vielfältig: Während die einen mit dem Anspruch einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung Eltern werden, zur „Professionalisierung“ von Elternschaft tendieren und um verlässliche Alltagsarrangements zwischen Familie und einer qualifizierten Berufstätigkeit für beide Partner ringen, andere in traditionelle Geschlechterrollen „hineinschlittern“ oder sich bewusst darauf einlassen, bedeutet die Familiengründung in bildungsfernen Milieus oft die Verstetigung von multidimensionalen Armutslagen, was ein gelingendes Aufwachsen von Kindern nachweislich erschwert, zumal nach Trennung oder Scheidung. Ein Bedarf an Unterstützung und Begleitung dieser Statuspassage besteht quer durch alle Bildungsgruppen und Lebensformen. Familienunterstützende Dienste sind gefordert, die vielfältigen Bedarfslagen von Eltern und ihren Kindern in einer kinderentwöhnten Gesellschaft sensibel zu identifizieren und im Verbund verschiedener lokaler Akteure tragfähige und passgenaue Settings für eine gelingende Elternschaft zu kreieren, die an den Ressourcen von Müttern und Vätern ansetzen und Fachressortdenken zwischen verschiedenen Professionen im familialen Umfeld konzeptionell wie faktisch überwindet.

1. Kein Kind oder ein Kind? – Abschied von der bürgerlichen Normalitätstsvorstellung von Familie

Zunächst ist nicht zu übersehen, dass traditionelle, am Bild der „guten Mutter“ orientierte Politikstile in Deutschland, die gut ausgebildeten Frauen mit Kindern den jahrelangen Ausstieg aus dem Erwerbsleben moralisch nahe gelegt und strukturell abgesichert haben, durchaus folgenreich waren: Unter westdeutschen Frauen besteht im Vergleich mit den entsprechenden Alterskohorten aller anderen europäischen Länder das höchste Ausmaß an Kinderlosigkeit. Dabei gilt: Je besser die Ausbildung, umso ausgeprägter dieser Zusammenhang. Auch Entscheidungen für mehr als ein Kind fallen bei den sehr gut ausgebildeten Frauen immer seltener. Unterbrechungen der Erwerbsbiografie wirken sich nachteilig auf die aktuelle Lebenssituation, aber auch auf die beruflichen Wiedereinstiegschancen und die Alterssicherung aus. Lücken in der Erwerbsbiografie und die Annahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen sind in der Regel gleichbedeutend mit Lücken in der Versicherungsbiografie (Klammer 2004,S.3f.). Während Männer entlang ihrer Erwerbsbiografie bislang ganz überwiegend in Vollzeit arbeiten, geht der Zuwachs der Erwerbsbeteiligung von westdeutschen Frauen wesentlich auf

eine Zunahme von ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen mit einer Wochenarbeitszeit von weniger als 20 Stunden zurück, wohingegen der Anteil der in Vollzeit erwerbstätigen Frauen seit 1991 stagniert. Zuzüglich der familienbedingten Unterbrechungen von Erwerbsarbeit ergeben sich daraus kumulative Nachteile für die Lebenserwerbseinkommen und Berufsbiografien von Frauen.

Vergleichende Studien haben darüber hinaus gezeigt, dass etwa in einer Großstadt wie Hamburg 43 Prozent der 40- bis 44-jährigen Hochschul- und Fachhochschulabsolventinnen kinderlos sind gegenüber 27 Prozent bei der gleichen Bildungs- und Altersgruppe in Baden-Württemberg und sogar nur 13 Prozent in den neuen Bundesländern. Somit wird deutlich, dass insbesondere städtische Lebensformen und hohe Qualifikationen in Westdeutschland sehr ausgeprägt mit Kinderlosigkeit verbunden sind (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2006, S. 177).

Einer aktuellen Studie zufolge haben drei Viertel der im akademischen Mittelbau Beschäftigten aller Universitäten des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen keine Kinder. Im Zeitvergleich von 1994 und 2004 lag die Quote der kinderlosen Frauen an den Universitäten von Nordrhein-Westfalen konstant hoch bei ca. 78 Prozent. Demgegenüber erhöhte sich der Anteil der kinderlosen männlichen Akademiker in diesem Zeitraum von 67 Prozent auf 72 Prozent, also um 5 Prozentpunkte (Metz-Göckel et al. 2009, S. 125). Die Entscheidung für Kinder fällt den jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern offensichtlich noch sehr viel schwerer als ähnlich Qualifizierten außerhalb der Wissenschaft. Folglich erweisen sich die aktuellen Karrierebedingungen als nur äußerst schwer mit Elternschaft zu vereinbaren (ebd. S. 9).

Doch nicht nur Akademikerinnen, sondern auch sehr gut qualifizierte Männer verzichten immer häufiger auf Kinder. Das ist u.a. eine Konsequenz der Veränderungen auf dem Beziehungs- und Heiratsmarkt in Richtung einer bildungsbezogenen Homogenität (Blossfeld/Timm 1997): Während noch in den 1970er Jahren Männer überwiegend über höhere schulische und berufliche Abschlüsse verfügten als ihre jeweiligen Partnerinnen, begegnen sich Männer und Frauen – was ihre Bildungsabschlüsse angeht – heute zunehmend „auf gleicher Augenhöhe“; ein Arzt heiratet also nicht mehr eine Krankenschwester, sondern eher eine Ärztin. Damit stellt sich die Frage, wer nach der Geburt eines Kindes wie lange beruflich zurückstecken soll, in einer ganz anderen Tragweite. Die wenigen „neuen Väter“, die sich an der Kinderbetreuung und bei der anfallenden Hausarbeit beteiligen, treffen in ihrem beruflichen Umfeld zusätzlich auf vielfältige mentale Vorurteile: Ihnen wird mangelnde Karriereorientierung und fehlende Leistungsbereitschaft unterstellt (Gesterkamp 2002, S. 103). Auch aus diesem Grund bleiben Kinderwünsche häufig auf der Strecke.

In der Zusammenschau der Ergebnisse zeigt sich, dass die längere Verweildauer im Bildungssystem und die verlängerte, jedoch begrenzte biologische Fertilitätsspanne insbesondere bei Frauen mit Hochschulabschluss dazu führt, die Geburt des ersten Kindes hinauszuschieben. In der Folge fallen berufliche Stabilisierung, Karriereaufbau und Familiengründung in dieselbe kurze Lebensspanne von ca. fünf bis sieben Jahren, der sogenannten „Rush Hour of Life“. Dabei wird aus einer temporär gewollten Kinderlosigkeit (Aufschub der Geburt) auf Grund zwischenzeitlicher Veränderungen häufig eine endgültige, ungewollte Kinderlosigkeit (Nave-Herz 1988).

Die 2003 durchgeführte Allensbachstudie „Das subjektive Zeitfenster für die Elternschaft“ hat den Deutschen zudem bescheinigt, dass sie eine „Erst-Mal-Mentalität“ dazu verleitet, zunächst ihre Ausbildung abzuschließen und berufliche Erfahrungen zu sammeln, ehe sie an eigene Kinder denken (Institut für Demoskopie Allensbach 2004). Über neunzig Prozent der jungen deutschen Frauen und Männer vertreten diese Meinung. Oft raten Eltern ihren erwachsenen und in Ausbildung befindlichen Kindern dringend davon ab, vor einem gelungenen Berufseinstieg überhaupt an die Gründung einer Familie zu denken. Auch dadurch geraten Kinderwünsche besonders pflichtbewusster junger Frauen und Männer unbeabsichtigt in die Sackgasse der Kinderlosigkeit oder aber sehr spät im Biographieverlauf werden dann allenfalls Einzelkinder geboren.

In der Lebensplanung soll die Reihenfolge eingehalten werden: erst Planungssicherheit und eine solide ökonomische Basis, dann Kind(er). Gerade diejenigen, die sich so etwas wie bewusste Elternschaft vorstellen und sehr genau um die Bedeutung von Bildung für ihre Kinder wissen, verpassen demnach über ihre Vorstellungen vom idealen Zeitpunkt für eine geglückte Elternschaft am Ende die Umsetzung ihres Lebensentwurfs mit Kind(ern). Dazu trägt auch die öffentliche Diskussion in unserer Gesellschaft wesentlich bei: Was Kinder heute alles brauchen, was Eltern alles falsch machen – solche Fragen werden gerade von jungen Erwachsenen mit einer hohen Bildung sehr ernst genommen. Es gibt eine wahre Flut pädagogischer Ratgeberliteratur. In der Fachöffentlichkeit wird dafür der Begriff einer zunehmenden „Professionalisierung von Elternschaft“ verwendet. Wenn Kindergärtnerinnen nach der Veröffentlichung der PISA-Studie etwa von einer besorgten, auch in Vollzeit erwerbstätigen Mutter gefragt werden, wie wichtig es ist, dass man am Wochenende mit einem Vierjährigen ins Deutsche Museum nach München fährt, damit das Kind schon in dieser Zeit möglichst viel lernt, verweist das auf den enormen Druck, der auf jungen Eltern lastet.

Mit Blick auf den Anspruch, den junge Eltern mit einer guten Ausbildung darüber hinaus in Bezug auf ihre eigene berufliche Situation haben, baut sich der Kinderwunsch und seine Umsetzung zu einem

ehrgeizigen Projekt auf, das in einer biografisch kurzen Lebensspanne umgesetzt werden soll. Angesichts dieser Überforderung ist ein Scheitern oft vorprogrammiert.

Hinzu kommt, dass Eltern in Deutschland das Projekt Kind vor allem als ihre Privatangelegenheit ansehen, für das sie ganz persönlich verantwortlich sind. Vielen Akademikerinnen und Akademikern fällt gar nicht ein zu fragen, warum es keine verlässlichen öffentlichen Betreuungsangebote mit einer guten Qualität gibt, sondern sie suchen gleich nach einer Tagesmutter oder geben ihren Beruf auf. Das hat damit zu tun, dass familienunterstützende Infrastrukturen für Kinder in Deutschland nach wie vor völlig unterentwickelt sind. Zudem gehen auch vermeintlich „moderne“ und dynamische männliche Entscheidungsträger immer noch davon aus, dass eine Mutter mindestens in den ersten drei oder besser noch den ersten sechs Lebensjahren des Kindes die wichtigste Bezugsperson sei, die möglichst den ganzen Tag für das Kind präsent sein soll. Das ist eine Einstellung, die es in dieser Form in den skandinavischen Ländern oder in Frankreich gar nicht gibt und die sich mit dem Aufbau einer eigenständigen Erwerbsbiografie nicht verträgt.

Die Erfahrungen aus der eigenen Kindheit, aber auch die immer längere Verweildauer von bereits erwachsenen Kindern im Elternhaus („Hotel Mama“) befördern solche Einstellungen. Gerade Söhne nutzen den damit verbundenen Rundum-Gratis-Service sehr gern und tun sich später oft schwer, eine gleichberechtigte Arbeitsteilung mit einer berufstätigen Partnerin zu praktizieren. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend, dass Männer deutschlandweit dem Emanzipationsvorsprung der jungen Frauen deutlich hinterher hinken: So zeigt die aktuelle Männer-Studie der beiden großen Kirchen und des Bundesfamilienministeriums, dass der deutsche Mann traditioneller ist als gedacht: Vor allem in den jüngsten Altersgruppen driften die Vorstellungen über das Zusammenleben in der Familie auseinander: 41 % moderne Frauen stehen lediglich 13 % moderne Männer gegenüber - Beziehungskonflikte sind also vorprogrammiert. Fast ein Drittel der Männer denkt traditionell und sieht sich in der Rolle des Ernährers. Den Sinn ihres Lebens sehen sie in der Arbeit, wohingegen ihre Frauen für Kinder und Haushalt zuständig sein sollen. Sie akzeptieren heute zwar öfter als noch 1998, dass Frauen auch „hinzuverdienen“, allerdings geht dieses Zugeständnis nicht mit der Bereitschaft einher, mehr Verantwortung für Haushalt und die generative Sorgearbeit zu übernehmen (Keller 2009,S.2). Die Bedeutung von vorgelebten Lebensmustern und Wertvorstellungen in der Herkunftsfamilie wirkt hier offensichtlich erheblich nach. Das zeigt auch ein Blick nach Ostdeutschland. Wer immer eine berufstätige Mutter hatte, nimmt zur Erwerbstätigkeit von Frauen eine andere Haltung ein. Aber auch moderne Männer stimmen heute bundesweit wieder deutlich häufiger als vor zehn Jahren dem Statement zu, dass der Sinn des Lebens im beruflichen Aufstieg liege und dass versage, wer den Aufstieg nicht schafft. Zugleich neigen moderne

Männer – der Studie zufolge – zu einer Romantisierung der Paarbeziehung. Sie wünschen sich eine romantische Beziehung in der Ehe, einen beruflichen Aufstieg und viel Freizeit (Keller, ebenda.). Auch hier sind Konflikte und die Fragilität von Paarbeziehungen vorgezeichnet; sie laufen Gefahr, an veränderten Realitäten und an den modernen Lebensvorstellungen der jungen Frauengeneration zu scheitern, an der Erwartung nämlich, dass sich beide ebenbürtig für Beruf und Familie engagieren.

Hinzu kommt ein evidenter Mangel an konstruktiven Konfliktlösungsstrategien. Das beeinflusst die Qualität der Partnerschaft negativ: Die gegenseitige Wertschätzung, gemeinsame Unternehmungen, Zärtlichkeit und Sexualität nehmen nach der Geburt eines Kindes ab, fast die Hälfte der Paarbeziehungen sind nach fünf Jahren auf dem Tiefpunkt angelangt (Fthenakis et al. 2002). Auch die engagierte Literaturredakteurin Iris Radisch beschreibt eindrücklich, dass sie, bei der Geburt ihres ersten Kindes sechsunddreißig Jahre alt, die damit einhergehenden Veränderungen in ihrer Beziehung zu dem Kindesvater so nicht vorhergesehen hatte. Während sie mit ihrer kleinen Tochter berufsbedingt in einer anderen Stadt lebte und jedes Wochenende per Bahn zu dem langjährigen Lebenspartner anreiste, weigerte dieser sich nach einiger Zeit, die beiden zu empfangen: „Er habe eine anstrengende Arbeitswoche hinter sich und müsse sich am Wochenende ausruhen. Wie, fragte ich entsetzt zurück. Und meine anstrengende Arbeitswoche? Und nachts immer noch das regelmäßig weinende Kind? Wird da vielleicht anders gerechnet? Und ja, da war schon klar: Bei Müttern gehen die Rechnungen in der Tat anders“ (Radisch 2007,S.116).

Traditionelle wie moderne Männer scheinen sich vor allem in einem einig zu sein: Frauen gehören nicht wirklich in Führungspositionen, wenn sie Kinder haben. So gelangte Christiane Nüsslein-Volhard, Nobelpreisträgerin für Medizin, im Rückblick auf ihren beruflichen Werdegang in Westdeutschland zu der Einschätzung, dass gerade männliche Vorgesetzte und Kollegen fest an die Unvereinbarkeit von Mutterschaft und Wissenschaftskarriere glauben und die Widersprüchlichkeit ihres Denkens und Handelns gar nicht zu bemerken scheinen. Argumente wie „Die Frau gehört zu ihren Kindern“ wechseln ab mit Statements wie „Die Wissenschaftlerin gehört ins Labor, wenn es sein muss auch am Samstag oder Sonntag“. Dann wieder wird den Wissenschaftlerinnen ihre Kinderlosigkeit zum Vorwurf gemacht, weil sie nicht dafür sorgen, dass ihre Intelligenz weiterverbreitet wird: „Es sind dieselben Leute, die einmal so und einmal genau anders herum argumentieren.“ (Nüsslein-Volhard 2002).

Vor allem für Paare mit einer vergleichbar guten Ausbildung wird die Familiengründung aus den genannten Gründen offensichtlich zu einem prekären Drahtseilakt. Die bereits zitierte Studie über die konstatierte dramatische Kinderlosigkeit beim wissenschaftlichen Mittelbau bzw. dem

„wissenschaftlichen Nachwuchs“ an den Universitäten in Nordrhein-Westfalen dürfte keine Einzelercheinung sein. Vielmehr ist davon auszugehen, dass es in anderen Bundesländern ähnliche Tendenzen gibt, was aber empirisch noch zu überprüfen wäre. Es handelt sich bei dieser Problematik mitnichten um ein Minderheitenproblem, denn die heutige Studierendenquote von 22 Prozent soll in den nächsten zehn Jahren auf 35 bis 40 Prozent angehoben werden.

Die gesellschaftlichen Auswirkungen dieser vermeintlich „privaten“ Entscheidungen sind gravierend: Es bleiben immer öfter gerade diejenigen ohne Kinder, die von ihren Bildungsvoraussetzungen und Erwerbsperspektiven her potenziellen und mehrheitlich gewünschten Kindern bestmögliche Bedingungen des Aufwachsens bieten könnten. Zum Glück Eltern heißt in diesen Bildungsmilieus, bestenfalls noch ein Kind zu haben. Dieser Tatbestand kann auf Grund seiner schwerwiegenden Folgen für eine Gesellschaft, die im internationalen Wettbewerb keine anderen Ressourcen einbringen kann außer ihrem Humanvermögen, gar nicht ernst genug genommen werden. Ein Land, das auf das kulturelle und soziale Kapital seiner aktiven Erwerbsbevölkerung angewiesen ist, muss also dafür sorgen, dass auch die bei studierenden jungen Frauen und Männern weit verbreiteten Lebensentwürfe realisierbar sind, nämlich Beruf und Kinder miteinander vereinbaren zu wollen. Das Beharren auf dem Ausstieg von qualifizierten Müttern aus dem Beruf erweist sich somit auch volkswirtschaftlich als kontraproduktiv. Vielmehr sind familienpolitische Instrumente wie das einkommensabhängige Elterngeld, das auch für Väter die Übernahme generativer Sorgearbeit selbstverständlich einplant, ebenso gefragt wie eine qualitativ gute und flexible Kinderbetreuung, aber auch familienfreundliche Arbeitszeitregelungen in Unternehmen.

2. Bildungsarmut – und kein Ende in Sicht?

Zu einer nüchternen Bilanz der Bedingungen von Elternschaft in Deutschland gehört schließlich auch das Eingeständnis, dass der lange Jahre ideologisch gehegte und strukturell untermauerte westdeutsche Müttermythos, wonach es für Kinder das Beste sei, wenn die eigene Mutter eine Rundum-Betreuung über viele Jahre übernimmt, dazu geführt hat, dass in keinem anderen Land die soziale Herkunft einen derart starken Einfluss auf die Bildungs- und Lebenschancen der Kinder aufweist wie in Deutschland. „Weltmeister in sozialer Selektion“ – ein wenig rühmlicher Titel, der so gar nicht zu dem Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft passt, die das Prinzip von sozialer Gerechtigkeit als weitgehend verwirklicht ansieht. Die in den vergangenen Jahrzehnten mit deutscher Gründlichkeit betriebene „Privatisierung“ der Kinderfrage und eine auf Homogenisierung von Lerngruppen fixierte Schulpolitik haben uns aber noch weitere Probleme beschert. Seit Jahren nimmt der Anteil von Kindern

in Deutschland stetig zu, deren Eltern beide – nach einer schwierigen Schullaufbahn – ohne beruflichen Abschluss geblieben sind. Das sind denkbar ungünstige häusliche Voraussetzungen, um Kindern jene Anregung und Unterstützung zu geben, die sie für ein gedeihliches Aufwachsen brauchen. Kinder- und Familienarmut zeigt sich dabei nicht nur am begrenzten Haushaltsbudget, sondern auch in Form von beengten Wohnverhältnissen, Schulfrust, gesundheitlichen Beeinträchtigungen und einer mangelnden gesellschaftlichen Teilhabe. Diese Entwicklungen werden durch das bestehende Bildungssystem in Deutschland weder für deutsche Kinder aus der „neuen Unterschicht“ noch für Migrantenkinder abgemildert. Ende 2004 lebten rund 1,12 Millionen Minderjährige von Hilfen zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe). Das entspricht 7,5 Prozent aller Mädchen und Jungen unter 18 Jahren in Deutschland. Nichtdeutsche Kinder sind dabei mehr als doppelt so häufig betroffen: (6,5 % deutsch vs. 16,1 % nicht deutsch). Die Quote der von relativer Einkommensarmut betroffenen Mädchen und Jungen lag gemäß EU-Definition je nach Operationalisierung zwischen 13 und 19 Prozent (Statistisches Bundesamt 2006, 35f.). Mitte 2006 bezogen fast 1,9 Millionen der unter 15-Jährigen Sozialgeld (Bundesagentur für Arbeit 2006). 2009 wird bereits von drei Millionen armutsgefährdeten Kindern ausgegangen. Während sich in nahezu allen anderen EU-Staaten die Schulleistungen von Zuwandererkindern mit Dauer des Aufenthalts ihrer Familien verbessern, werden sie in Deutschland deutlich schlechter. Die Privatisierung der Kinderfrage und der ausgeprägte westdeutsche Müttermythos haben – pointiert gesagt – gerade für Kinder aus benachteiligten Herkunftsverhältnissen oftmals ein „Zuviel an Familie“ und ein „Zuwenig an kindgerechten und familienergänzenden Betreuungs-, Bildungs- und Förderangeboten“ hervorgebracht. Diese Entwicklung erweist sich aber nicht nur individuell für die Kinder aus benachteiligten Milieus als problematisch, weil erfolgreiche Bildungs- und Lebenschancen verhindert werden. Sie stellt zugleich eine latente Belastung für die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt dar, weil in alternden Gesellschaften eine insgesamt kleiner werdende Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter eine größer werdende Gruppe von hilfs- und transferabhängigen Menschen mittragen muss. In die Bildung der künftigen Erwerbsbevölkerung zu investieren, ist somit eine essenzielle Zukunftsfrage, die durchaus auch ökonomische Relevanz besitzt. Sowohl unter Gerechtigkeitsaspekten als auch mit Blick auf die Zukunftssicherung der bundesdeutschen Gesellschaft und ihre Positionierung im internationalen Standortwettbewerb ist es demnach geradezu fahrlässig, wenn mehr als 20 Prozent der nachwachsenden Generation bildungsarm bleiben, funktionalen Analphabetismus aufweisen und in der Folge selbst wieder auf staatliche Transferzahlungen zurückgreifen müssen. In anderen Ländern wurden diese Zusammenhänge längst erkannt und der Bildungsarmut von Kindern entschieden der Kampf angesagt (Esping-Andersen 2003).

Auch wenn in den letzten Jahren hierzulande familien- und bildungspolitisch viel in Bewegung gekommen ist, gibt es längst noch nicht unter allen kommunalen und schulischen Akteuren einen breiten Konsens darüber, dass es sich zum Beispiel bei Ganztagsbetreuungsangeboten um Lebens- und Lernorte handelt, die für Kinder und Jugendliche und ihre Sozialisation originäre und/oder kompensatorische Funktionen übernehmen (müssen). Wie notwendig das allerdings wäre, zeigen die Ergebnisse einer vom Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt in Auftrag gegebenen Studie „Gute Kindheit – Schlechte Kindheit“: So hatten im Jahre 2000 rund 43 Prozent aller Kinder mit einer Mehrfachbenachteiligung außerhalb des Kindergartens keinerlei Frühförderung erfahren. Dies macht deutlich, dass es um die „öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern“ hierzulande nicht gut bestellt ist (Holz et al. 2005).

3. Differenzierte und vernetzte Hilfen zur Armutsprävention im Sozialraum als grundlegender Beitrag zur mehr Bildungsgerechtigkeit für benachteiligte Kinder

Kinder, die unter Bedingungen von Armut oder prekärem Wohlstand aufwachsen, brauchen vielfältige Bildungsangebote und Anregung jenseits ihrer Herkunftsfamilie. Sie benötigen Bildungsinstitutionen, die sie viel früher als bisher individuell und ganzheitlich fördern sowie Unterschiede beim Erwerb von Bildung abbauen. Eine zukunftsorientierte lokale Bildungspolitik muss sich dem Grundsatz „Bildung von Anfang an“ verpflichtet fühlen. Es braucht eine frühe Förderung aller Kinder, eine kostenlose verpflichtende Vorschule von hoher Qualität und mit zumindest fachhochschulqualifizierten ErzieherInnen, welche die Lernfähigkeit der Kinder mit stimmigen und überprüften pädagogischen Konzepten unterstützen. Hier liegt einer der Schlüssel für die wirksame Förderung von Kindern aus benachteiligten Herkunftsverhältnissen, vorausgesetzt, Eltern und Kinder werden durch diverse Angebote der aufsuchenden und anleitenden Familienhilfe und -beratung bereits nach der Geburt von Kindern unterstützt und durch passgenaue Angebote entlastet.

Das Grundschulsystem und die Sekundarstufen sollten zusätzlich auf ein ganztägiges Modell der Gemeinschaftsschulen umgestellt werden, in dem die Kinder wie in den meisten europäischen Ländern mit guten Bildungsergebnissen nach ihren individuellen Begabungen gefördert werden. Es geht um Schulstrukturen, die differenzierte Angebote mit vielen Wahlmöglichkeiten, kleine Klassen und einheitlich hohe Bildungsstandards für alle Begabungsstufen offerieren. Zwecks Ausbildung von sozialer Kompetenz ist es schließlich erforderlich, die Abschottung unterschiedlicher Milieus und Lebenslagen zu überwinden, anstatt sie bereits am Ende der Grundschulzeit zu besiegeln.

Bereits in den 1970er Jahren gab es in der fachpolitischen Diskussion eine wissenschaftlich-konzeptionell begründete Präferenz für Ansätze der psychosozialen Prävention bei Kindern. Beratung und Hilfe sollte in einer entsprechenden Infrastruktur professionell sicher gestellt werden. Auf diese Weise war intendiert,

Krisen und Konflikte im Vorfeld einer Problemeskalation zu bearbeiten, so dass die Trennung von Kind und Eltern bzw. von seinem sozialen Umfeld vermieden werden konnte. In der Konsequenz kam es zum Ausbau von Frühförderzentren und gemeinwesenorientierten Beratungsstellen, die konzeptionell neueste Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie und Pädagogik aufnahmen und dezidiert den Zielen von Prävention und Kooperation folgten.

Kontrastiert man den fachpolitisch hohen Stellenwert von präventiven Arbeitsformen mit der heutigen Situation, so fällt eine erhebliche Diskrepanz zwischen Anspruch und sozialer Beratungs- und Hilfepraxis auf. Zwar gehören präventive Ansätze nach wie vor in das Repertoire sozialpädagogischer und psychologischer Dienste als Option. Ihr faktischer Bedeutungsgehalt ist jedoch gegenüber kurativ-interventionistischen Arbeitsformen marginal. Diese Randständigkeit von Prävention steht vor dem Hintergrund des tiefgreifenden Strukturwandels von Kindheit und Familie in einem auffälligen Gegensatz zu den Bedarfslagen; etwa in den Kindertagesstätten. Zahlreiche Umfragen unter Erzieherinnen haben gezeigt, dass die Belastung des Kita-Alltags durch verhaltensauffällige Kinder inzwischen von den Befragten als das größte Problem in ihrem Berufsleben beklagt wird. Der Bedarf an praktischer und präventiver Unterstützung ist in den Kitas offensichtlich so groß, dass Erzieherinnen vielfach das Gefühl haben, weder ihrem pädagogischen Basisauftrag noch den betroffenen Kindern gerecht werden zu können. Diese Diskrepanz verstärkt sich im Grundschulalter der Kinder und läuft in der chronisch unterfinanzierten und bildungspolitisch vernachlässigten Schulform der Hauptschule offensichtlich immer öfter aus dem Ruder.

Folglich braucht es eine präventiv angelegte und sozialräumlich orientierte Kooperation zwischen sozialpädagogischen, sozialpsychologischen, aber auch familienbezogenen gesundheitlichen und hauswirtschaftlichen Diensten, um Kinder und ihre Eltern so früh wie möglich zu erreichen und beim Aufwachsen zu begleiten. Es geht dabei weniger um die Etablierung neuer Dienste und Hilfsangebote als vielmehr um ihre verstärkte passgenaue Ausrichtung an den veränderten Lebens- und Problemlagen von Kindern und ihrem häuslichen Umfeld sowie um eine strukturell bessere Vernetzung und Abstimmung der bestehenden Infrastrukturen vor Ort. Die Möglichkeiten für kooperative und interdisziplinäre Ansätze im Sozialraum werden bislang allerdings nur unzureichend erschlossen. Es überwiegt noch immer ein Herangehen, bei dem Kindertagesstätte, Schule, Familienbildung und Jugendhilfe ihre je „eigene“ Perspektive von (Armut)prävention oder Bildungsgerechtigkeit entwickeln.

Auch die seit 1997 vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik längsschnittlich erforschten Lebenslage und Zukunftschancen von (armen) Kindern bestätigen eindrucksvoll, dass sich Armut von frühester Kindheit an zeigt und in langfristigen Wirkungen manifestiert. Arme Kinder sind nachweislich

beeinträchtigt, was ihre materielle Situation, ihre soziale Integration und ihre Bildungschancen betrifft. Diese ebenfalls durch PISA und jüngst in PISA-E belegte Erkenntnis zeigt sich keineswegs erst bei den Fünfzehnjährigen, sondern bereits bei den sechsjährigen Kindern. Im Zeitverlauf betrachtet, ist diese Entwicklung das Resultat eines Sozialisationsprozesses, der schon im Kindergartenalter – so die Langzeitstudie – erkennbar wird und sich in der Grundschulzeit massiv verstärkt (Holz et al. 2005). Dieser Prozess kumuliert dann durch die soziale Selektion im dreigliedrigen Schulsystem weiter: Auf diese Weise produziert die bundesdeutsche Gesellschaft in zunehmendem Maße „Kellerkinder“ (Klaus Klemm), die ohne oder mit abgewertetem Hauptschulabschluss auf den Arbeitsmarkt treten und dort zunehmend ohne Chance auf eine existenzsichernde Berufsperspektive sind.

Der Vergleich mit den Entwicklungschancen nicht armer Kinder zeigt gleichwohl, dass Beeinträchtigungen und Auffälligkeiten von Kindern frühzeitig und dauerhaft vermeidbar sind. Vielfältige Projekte und Modellversuche, wie sie vor Ort erprobt werden, um arme Kinder und ihre Eltern zu begleiten und wirkungsvoll zu unterstützen, gilt es in die Regelpraxis zu übertragen und durch adäquate politische Rahmenbedingungen auf allen föderativen Ebenen zu flankieren.

Kooperatives und interdisziplinäres Arbeiten als erklärtes Ziel einer stärkeren öffentlichen und professionellen Verantwortlichkeit für Kinder und deren Eltern meint in diesem Zusammenhang mehr als die Abstimmung der Zusammenarbeit verschiedener Dienste unter Beibehaltung einer selbst definierten Zuständigkeit und auch mehr als die Regelung von Schnittstellen und Zuständigkeiten. Es geht ebenso um die gegenseitige Anerkennung der Vielfältigkeit und Wertschätzung der je anderen Fachlichkeit und zwar „auf gleicher Augenhöhe“ und um die gemeinsame eindeutige Klärung der zu bearbeitenden Problematik. An die Stelle des Abarbeitens von Vorgaben hätte die Entwicklung von bedarfs- und passgenauen Konzepten zu treten bei Berücksichtigung der jeweiligen Kontextbedingungen vor Ort. Zugleich ist es erforderlich, Erfolgsbewertungen und Qualifizierungsmaßnahmen gemeinsam vorzunehmen.

Obwohl es in der Fachöffentlichkeit einen breiten Konsens über die Notwendigkeit zur Kooperation zwischen verschiedenen Diensten gibt, scheitert diese Bestrebung in der Realität sehr oft an versäultem Verwaltungshandeln, einer ressortgebundenen Finanzierung von Projekten oder auch schon an der Befürchtung, das eigene Profil oder gar die Existenzberechtigung zu verlieren. Deshalb ist es dringend erforderlich, einen Verständigungs- und Kooperationsprozess entlang der Leitfrage zu entwickeln, wie Kindern und ihren Eltern in benachteiligten Lebenslagen eine bestmögliche und individuelle Unterstützung im Sozialraum gewährt werden kann. Dieser Prozess erfordert klare und verbindliche

Regeln der Kooperation zwischen allen Beteiligten mit dem Ziel, ein integriertes Gesamtkonzept der kurzen Wege zu entwickeln, in dem die vor Ort bestehenden Angebote bedarfsorientiert aufeinander bezogen und keinesfalls konkurrierende Angebote vorgehalten werden.

Aufgrund der vielfältigen neuen Anforderungen an die professionelle Begleitung von frühkindlicher Förderung und Bildung von Kindern aus benachteiligten Herkunftsmilieus ergeben sich schließlich Konsequenzen für die Qualifizierung und die Weiterbildung der in diesem Prozess zusammenwirkenden Fachkräfte. So ist ihre Sensibilisierung und die Vermittlung von Kenntnissen über gesellschaftliche Strukturveränderungen (Armutsentwicklung, Strukturwandel von Familie und Kindheit) ebenso erforderlich wie der Zugang zu neuesten Ergebnissen der neurobiologischen, entwicklungspsychologischen oder der Resilienz-Forschung. Schließlich erfordert auch die Kooperation mit semiprofessionellen MitarbeiterInnen und Laien bzw. die Zusammenarbeit mit VertreterInnen anderer Hilfesysteme eine hoch professionelle Arbeit, die auf einer entsprechenden Qualifizierung fußt (Meier-Gräwe 2006).

Ein soziokulturelles Existenzminimum für arme Kinder und ihre Familien ist als Einzelmaßnahme keinesfalls hinreichend. Vielmehr sind lebenslaufbegleitende Maßnahmen einer sensiblen Kinder- und Jugendarbeit von der gezielten Frühförderung über eine verlässliche Begleitung und Unterstützung dieser Kinder in der Schulzeit bis hin zu einem gelingenden Ausbildungsabschluss vonnöten (Meier et al. 2003). Für ihre Eltern sind – neben großen Anstrengungen ihrer Reintegration in den Arbeitsmarkt – vielfältige vernetzte Formen von aufsuchender und anleitender hauswirtschaftlicher, sozialpädagogischer und sozialpsychologischer Familienhilfe und Familienbildung notwendig, um Alltagskompetenzen zu vermitteln, Familienbeziehungen zu stabilisieren oder ein „Entgleiten von Zeitstrukturen“ zu verhindern (Meier-Gräwe 2007). Hingegen sind zusätzliche monetäre Transfers insbesondere für jene Familienhaushalte keine Lösung, die schon über mehrere Generationen in Armutslagen leben, weil sich dadurch an der Problemstruktur des Familienalltags und dem Ausgabeverhalten der Eltern schlicht nichts ändert. Gleichwohl gibt es andere Familien, wo es an finanziellen Ressourcen fehlt. Dazu gehören insbesondere alleinerziehende Mütter, die den Alltag mit Kindern überdurchschnittlich häufig mit einem vergleichsweise niedrigen bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen bewältigen müssen (Eggen 2006).

4. Perspektiven

Die Lebensqualität von Kindern und Eltern quer durch alle Bildungsgruppen hängt perspektivisch ganz entscheidend von einem flexiblen und vielfältigen Angebot an passgenauen familienunterstützenden Diensten und einer bedarfsorientierten Qualifizierung des Personals mit hoher Schnittstellenkompetenz ab (Weinkopf 2003,S.135f.). Dazu gehören auch Mehrgenerationenhäuser, die als Drehscheibe für den Austausch von Kommunikation und Unterstützung vor Ort zwischen unterschiedlichen Milieus, Generationen und beiden Geschlechtern fungieren können. Der Ausbau einer solchen familienergänzenden Infrastruktur hätte zumindest drei positive Wirkungen: Zum einen würde dadurch die Entscheidung für ein Leben mit Kindern für Akademikerinnen und Akademiker leichter und die vielfach beklagte Zeitnot im Alltag ließe sich abbauen. Zum zweiten böte sie Kindern und Eltern aus benachteiligten Familien vielfältige Unterstützung im Sinne einer systematischen Armutsprävention und würde dadurch Folgekosten in Milliardenhöhe vermeiden. Drittens schließlich könnten auf diesem Wege in den Kommunen rationalisierungsresistente Beschäftigungschancen für unterschiedliche Qualifikations- und Berufsgruppen entstehen, die nicht ausgelagert werden könnten und zum Aufbau von Bildungskapital beitragen würden.

Mit dem geplanten Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten ergibt sich darüber hinaus die Chance, in den konkreten Erfahrungs- und Lernzusammenhängen von Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, dass die Familienarbeit keineswegs selbstverständlich oder gar „naturegegeben“ in den Zuständigkeitsbereich von Mädchen und Frauen fällt, sondern Aufgabe von Frauen *und* Männern ist. Bislang jedoch wird eine differenzierte Auseinandersetzung mit den tradierten Geschlechterrollenmustern in der Schule kaum geführt. Eher wird den Mädchen die Illusion vermittelt, dass ihnen später alle Chancen offen stehen, wenn sie (sehr) gute Schulabschlüsse erreichen. Demgegenüber gibt es bis heute eine erstaunliche Wahrnehmungsresistenz gegenüber der Bedeutung von generativer Haus- und Fürsorgearbeit, für deren Übernahme Frauen nach wie vor verantwortlich gemacht werden, sobald sie sich für Kinder entscheiden. Auch die daraus folgenden negativen Konsequenzen für ihre Berufsperspektive, ihr Lebenserwerbseinkommen und ihre Alterssicherung werden nicht konsequent thematisiert. Jungen und jungen Männern benötigen ihrerseits quer durch alle Bildungsgruppen vielfältige Erfahrungsfelder fürsorglicher Praxis, um ein breites Rollen- und Kompetenzrepertoire erwerben zu können. Denn Konflikt- und auch Gewalterfahrungen, die Frauen in Paarbeziehungen machen, kommen häufiger vor als allgemein vermutet und werden keineswegs nur von Männern mit fehlenden oder geringen Bildungsabschlüssen ausgeübt. 37 % der Täter verfügten höchste Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse und mehr als 60 % der betroffenen Frauen haben mittlere und

hohe Bildungsabschlüsse und üben einen qualifizierten Beruf aus (BMFSFJ 2009). Außerdem induziert der immer noch weit verbreitete „Rückzug der Männer aus der Familie“ zugunsten von Erwerbsarbeit und Karriere nicht nur Beziehungskonflikte in der Partnerschaft, sondern auch volkswirtschaftlich fatale Effekte: Als Erwachsene treffen Männer in den verschiedensten (Führungs-)Positionen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vielfach Entscheidungen, die auf Grund der ihnen meist fehlenden Fürsorge- und Alltagskompetenzen bzw. wegen ihres Mangels an Wertschätzung diesen Aufgabenbereichen gegenüber nicht sachkundig und bedarfsgerecht ausfallen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Leitbild, das Männer und Frauen für die Erwirtschaftung ihres Unterhalts durch eigene Erwerbsarbeit gleichermaßen verantwortlich macht wie für die entlang des Lebensverlaufs anfallenden Fürsorgeverpflichtungen gegenüber Kindern sowie kranken und pflegebedürftigen Familienmitgliedern. Demgegenüber erweist sich ein Festhalten am Leitbild des „global tiger“ als kontraproduktiv: jenes hochmobile und zeitlich unbegrenzt für die Anforderungen des Arbeitsmarktes verfügbare Individuum, das keinerlei Zeit für Familie und die damit in Zusammenhang stehende Arbeit hat, ist als Zukunftsmodell eines vielseitig verantwortlichen Erwachsenenendaseins untauglich.

Handfeste Anzeichen für einen neuen Familien- und Vaterschaftsdiskurs werden in jüngster Zeit von der Männerforschung ausgemacht. So untersucht Michael Meuser die vielfältigen Ambivalenzen involvierter Vaterschaft im Kontext lokaler und betrieblicher Strukturvorgaben, aber auch von mental verfestigten Einstellungen (Meuser 2009,S.215f.). Er hält es für durchaus bemerkenswert, dass ein Teil der wissenschaftlichen Väterforschung den Wandel der Vaterrolle nicht nur beschreibt und analysiert, sondern sich zudem für ein Verständnis von Vaterschaft im Sinne von „fathering“ engagiert. In der beginnenden Auflösung der für die bürgerliche Geschlechterordnung typischen Separierung von Arbeit und Leben können neue Geschlechterarrangements allerdings nur dann zur Entfaltung kommen, wenn nicht allein auf einen Bewusstseinswandel, sondern auf die Veränderung von Strukturen gesetzt wird, auf denen das tradierte Vaterschaftskonzept im Kern basiert (Ebenda,S.228).

Das Leitbild eines erwerbstätigen Individuums, das im Lebensverlauf zugleich auch familiäre Fürsorgeaufgaben zu übernehmen hat, kann folglich nur unter bestimmten Bedingungen durchgesetzt werden. Einerseits sollte eine Kontinuität in der Erwerbsbiografie für Frauen *und* Männer angestrebt werden, andererseits sollten aber auch Unterbrechungen der Erwerbsverläufe lebbar werden, um Erwerbsbiografien an Anforderungen zum Beispiel für (Weiter-)Bildung oder Fürsorgeverpflichtungen im Sinne von „garantierten Optionalitäten“ anzupassen. Das schließt die verstärkte Förderung von Übergängen aus Phasen der Familienarbeit, der Qualifizierung oder der Arbeitslosigkeit in die Erwerbsarbeit und umgekehrt ein. Darüber hinaus sind Wiedereinstiegshilfen nach Elternzeit- und

Pflegeunterbrechungen erforderlich, aber auch Möglichkeiten des Wechsels zwischen Voll- und Teilzeit. Schließlich steht eine Reorganisation des Beginns und des Endes von Erwerbsbiografien an: Sowohl der Eintritt in das Erwerbsleben als auch der Austritt daraus haben sich mehr und mehr zu eigenständigen Phasen entwickelt. Kürzere Schul- und Ausbildungszeiten könnten ebenso wie bessere Bedingungen der Vereinbarkeit von Ausbildung und Familiengründung zur Dekompression von Erwerbsbiografien beitragen, was angesichts der hohen Lebenserwartung und bei einer flexiblen Gestaltung der Ausstiegsphase machbar wäre. Nur so ließe sich die „Rush Hour of Life“, d.h. die Anforderung, berufliches Engagement, Familiengründung und Fürsorgeaufgaben für Kinder bzw. für pflegebedürftige Angehörige im mittleren Lebensalter synchron bewältigen zu müssen, schrittweise auflösen. Nicht zuletzt deshalb plädiert der 7. Familienbericht der Bundesregierung für eine Neujustierung von Lebensläufen und für einen intelligenten, zielgruppenbezogenen Mix aus Zeit-, Infrastruktur- und monetärer Transferpolitik.

Literaturverzeichnis

Blossfeld, Hans Peter; Timm, Andreas, 1997: Der Einfluss des Bildungssystems auf den Heiratsmarkt. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (49) 3: 440-476

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), 2006: Grundsicherung für Arbeitssuchende. Entwicklung bis Juli 2006. Nürnberg. BA

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2006: *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik.* Siebter Familienbericht. Berlin: BMFSFJ

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), 2009: „Gewalt trifft Frauen in allen gesellschaftlichen Schichten“. Pressemitteilung vom 6. März 2009

Eggen, Bernd, 2006: *Zur ökonomischen Situation von Familien.* Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung. Opladen. Verlag Barbara Budrich, S. 457-484

Esping-Andersen, Gøsta, 2003: Aus reichen Kindern werden reiche Eltern. *Frankfurter Rundschau*, 20.12.2003, S. 7

Fthenakis, Wassilios E.; Kalicki, Bernhard; Peitz, Gabriele, 2002: *Paare werden Eltern. Die Ergebnisse der LBS-Familien-Studie.* Opladen: Leske und Budrich

Gesterkamp, Thomas, 2002: *gutesleben.de. Die neue Balance von Arbeit und Liebe.* Stuttgart: Klett-Cotta

Holz, Gerda; Richter, Antje; Wüstendörfer, Werner; Giering, Dietrich, 2005: *Zukunftschancen für Kinder. Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit.* Endbericht der 3. AWO-ISS-Studie im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. Berlin, Bonn: AWO

Institut für Demoskopie Allensbach, 2004: *Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Geburtenrate. Studie im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg.* Allensbach am Bodensee

Keller, Claudia, 2009: Von der Rolle. *Tagesspiegel*, 19. März 2009, S. 2

Klammer, Ute, 2004: *Arbeitszeit und soziale Sicherung im Lebensverlauf – Empirische Befunde und politischer Handlungsbedarf.* Expertise für den 7. Familienbericht

Kolbe, Wiebke, 2006: Neue Väter – oder was? Vaterschaft und Vaterschaftspolitik in Schweden und der Bundesrepublik von den sechziger Jahren bis heute. *Freiburger FrauenStudien* 18: 145-178

Meier, Uta; Preusse, Heide; Sunnus, Eva Maria, 2003: *Steckbriefe von Armut. Haushalte in prekären Lebenslagen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Meier-Gräwe, Uta, 2007: Jedes Kind zählt. Armutsprävention – eine strategisch unterschätzte Zukunftsaufgabe in Deutschland. *Universitas* 3: 247-255

Metz-Göckel, Sigrid; Möller, Christina; Auferkorte-Michaelis, Nicole, 2009: *Wissenschaft als Lebensform – Elternschaft unerwünscht? Kinderlosigkeit und Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals aller nordrhein-westfälischen Universitäten*. Opladen & Farmington Hills: Barbara Budrich Verlag

Meuser, Michael; 2009: Keine Zeit für die Familie? Ambivalenzen involvierter Vaterschaft. In: Zeit für Beziehungen? *Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Heitkötter et al (Hrsg.) Opladen & Farmington Hill: Barbara Budrich Verlag, S. 215-232

Nave-Herz, Rosemarie, 1988: *Kinderlose Ehen. Eine empirische Studie über die Lebenssituation kinderloser Ehepaare und die Gründe für ihre Kinderlosigkeit*. Weinheim: Juventa

Nüsslein-Volhard, Christiane, 2002: Mehr Frauen an die Forschungsfront. *Die Zeit*, 23.05.2002, S. 36

Radisch, Iris, 2007: *Die Schule der Frauen. Wie wir die Familie neu erfinden*. München: Deutsche Verlags-Anstalt

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 2006: Kinder in der Sozialhilfe 2004. Wiesbaden

Weinkopf, Claudia, 2003: Förderung haushaltsbezogener Dienstleistungen. In: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 72, S. 133-147

Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe, geb. 1952

Professorin für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen, von 2003 bis 2005 Mitglied der Sachverständigenkommission des Siebten Familienberichts der Bundesregierung, 1. Vizepräsidentin der Deutschen Liga für das Kind, seit 2007 Mitglied im Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen des BMFSFJ, seit 2008 Mitglied der Sachverständigenkommission des 1. Gleichstellungsberichts der Bundesregierung

Forschungs- und Publikationsschwerpunkte: Familien-, Haushalts- und Geschlechtersoziologie, Nachhaltiges Haushalten, Armuts- und Zeitforschung